



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Haushaltsausschuss

2011/2152(ACI)

9.10.2013

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Ausschuss für konstitutionelle Fragen

zu dem Entwurf der Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
(2011/2152(ACI))

Verfasser der Stellungnahme: Jean-Luc Dehaene, Ivailo Kalfin

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für konstitutionelle Fragen, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die am 27. Juni 2013 auf höchster politischer Ebene zwischen dem Parlament, der irischen Präsidentschaft und der Kommission erreichte politische Einigung über das Paket des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014-2020 (MFR-Verordnung und IIV); ist entschlossen, die neu eingeführten Instrumente im Laufe der künftigen Haushaltsverfahren umfassend zu nutzen, was insbesondere für die Flexibilität gilt;
2. betont, dass die langen und anstrengenden Verhandlungen sowohl im Rat als auch auf interinstitutioneller Ebene und ihre Ergebnisse eine unbefriedigende Umsetzung der erstmals angewandten neuen Bestimmungen des AEUV betreffend den MFR darstellen, insbesondere hinsichtlich der Rolle und der Vorrechte des Parlaments;
3. kritisiert, dass der Rat die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 8. Februar 2013 als bindend für die Verhandlungsführer des Rates ansah; betont, dass die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auch Elemente beinhalteten, die dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegen, so detaillierte Vergabekriterien, Mittelausstattungen für Programme oder Empfänger sowie ermessensmäßige Finanzausweisungen, durch die der Umfang der Erstattungen aus dem Haushaltsplan der Union an die Mitgliedstaaten angepasst wird;
4. bedauert darüber hinaus, dass die zahlreichen Kontakte und Treffen der vergangenen Jahre zwischen seiner Delegation und den aufeinander folgenden Ratspräsidentschaften keinen Einfluss auf den Geist, den Zeitplan oder den Inhalt der Verhandlungen oder auf den Standpunkt des Rates hatten, auch bezüglich der notwendigen Unterscheidung zwischen legislativen und haushaltsspezifischen Aspekten der Einigung über den MFR;
5. zieht den Schluss, dass künftig im Einklang mit Artikel 312 Absatz 5 AEUV alternative Arbeitsmodalitäten festgelegt werden sollten, um die Annahme des MFR zu erleichtern, wobei sichergestellt werden muss, dass die legislativen und haushaltsspezifischen Befugnisse des Parlaments gemäß dem AEUV uneingeschränkt respektiert werden, dass der Rat tatsächlich auch über sämtliche so genannten 'MFR-bezogenen' Bestandteile von Rechtsgrundlagen verhandelt und dass der Europäische Rat nicht entgegen dem AEUV als Gesetzgeber agiert;
6. fordert seinen Haushaltsausschuss auf, in Zusammenarbeit mit seinem Ausschuss für konstitutionelle Fragen die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und zu gegebener Zeit vor der Änderung nach den Wahlen 2016 neue Vorschläge für die Modalitäten der entsprechenden Verhandlungen zu unterbreiten, um den demokratischen und transparenten Charakter des gesamten Prozesses zur Aufstellung des Haushaltsplans sicherzustellen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	9.10.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 32 -: 4 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Richard Ashworth, Francesca Balzani, Zuzana Brzobohatá, Jean Louis Cottigny, Jean-Luc Dehaene, Isabelle Durant, Göran Färm, José Manuel Fernandes, Eider Gardiazábal Rubial, Jens Geier, Ivars Godmanis, Ingeborg Gräßle, Lucas Hartong, Jutta Haug, Monika Hohlmeier, Sidonia Elżbieta Jędrzejewska, Anne E. Jensen, Ivailo Kalfin, Sergej Kozlík, Jan Kozłowski, Alain Lamassoure, Giovanni La Via, George Lyon, Barbara Matera, Vojtěch Mynář, Juan Andrés Naranjo Escobar, Dominique Riquet, Alda Sousa, Derek Vaughan, Angelika Werthmann
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	François Alfonsi, Frédéric Daerden, Ivana Maletić, Paul Rübig, Peter Šťastný, Nils Torvalds
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Ildikó Gáll-Pelcz, Oldřich Vlasák

